

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 31. Oktober 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 31. Oktober. Die huldvolle Auszeichnung, die jenen dem Reichskanzler Grafen Caprivi durch Verleihung einer Kopie des Reichsgesetzes zu Theil wurde, wird nicht unbeachtet bleiben können. Das Geschenk ist offenbar darauf berechnet, die Gerüchte zu widerlegen, als ob zwischen dem Kaiser und seinem ersten Rathgeber irgend eine Meinungsverschiedenheit bestände. Es ist bekannt, daß kaum, nachdem der offizielle Telegraph die Mittheilungen von einer Kränkung des Reichskanzlers in Abrede gestellt hatte, das Gerücht verbreitet wurde, nicht Graf Caprivi, sondern Graf Caprivi würde seinen Abschied nehmen, wenn die Kränkung doch einen feinen Charakter annehmen sollte. Mit diesen boshaften Falschmeldungen wird jetzt aufgeräumt. Zugleich aber hat die Huldbezeugung noch einen anderen Zweck. Sie ist die beste und unabweisbarste Antwort auf die Angriffe, welche ein Theil der Agerianer gegen den Leiter der Reichspolitik gerichtet hat. In der Erklärung des Reichstages von Wangenheim war direkt von dem Kanzler an den Kaiser appelliert worden. Die Antwort wird dem Herrn freilich nur wenig Freude bereiten.

*** Auch für das Etatsjahr 1894/95 hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die Arbeitskräfte im Reichs-Verwaltungsamt zu vermehren. Wie sehr die Geschäfte des Reichs-Verwaltungsamtes zugenommen haben, wird man aus der einen Thatfache erkennen, daß während im Jahre 1886 die Zahl der Refugate in Unfallversicherungsfällen 207 betrug, sie 1892 auf 4240 gestiegen war. Um eine rechtzeitige Erledigung der dem Amt erwachenden Arbeiten zu ermöglichen, wird die Schaffung von vier ständigen Mitgliederstellen und der entsprechenden Stellen von technischen Bediensteten, Bureau- und Kanzleibeamten gefordert werden. Werden die neuen Stellen bewilligt, so wird sich die Zahl der ständigen Mitglieder des Reichs-Verwaltungsamtes auf 35 belaufen.

*** Die auf Hebung des internationalen Wettbewerbs der deutschen Industrie abzielenden Bestrebungen der Handelspolitik des Reichskanzlers haben aus den Erfolgen der fongostaatlichen Wahlen neuen Mut und neue Thatkraft. Daß man das Gebiet des Kongoflusses als zukünftigen Absatzmarkt für belgische Industrieprodukte, namentlich nach erfolgter Fertigstellung der Eisenbahnverbindung von der Küste bis zu den Kongofällen, in erster Linie ins Auge faßt, versteht sich wohl von selbst, aber dabei hat die Sache keineswegs ihr Verloren. Es wird vielmehr auch die Anknüpfung von Beziehungen mit Süd- und Ostafrika im Wege der Errichtung belgischer Handelskommissionen an geeigneten Plätzen geplant. Zunächst wird Natal an die Reihe kommen, wozu sich noch im Laufe der Woche ein mit Vord und Vord vertrauter Handelsagent einschiffet. Ein anderer belgischer Handelskommissioner hat sich dieser Tage nach Durban auf den Weg gemacht. Weitere Kommissionen sollen im Kapland, im Transvaal- und im Orange-Flussgebiet aufgemacht werden. Man hat es hier mit einem auch für weitere Kreise beachtenswerten Versuch, zwischen europäischer Produktion und afrikanischem Verbrauch erleichterte und beiderseits nutzbringende Beziehungen zu schaffen, zu thun. Der Erfolg des Versuches wird wesentlich von der dabei entfalteten Geschäftlichkeit und Ausdauer, sowie auch von der fortgesetzten Entwicklung der afrikanischen Länder in der Richtung gesteigerter und friedlicher Kulturzustände abhängen. Daß Deutschland in thönlischer Pflege seiner eigenen afrikanischen Kolonien in Zukunft ebenso wenig als in der Vergangenheit nachlassen darf, dürfte angesichts der konkurrierenden Faktoren des Auslandes wohl kaum einem Zweifel unterliegen.

— Die „Nordb. Allg. Ztg.“ zieht in einem Artikel die Bilanz der deutsch-russischen Festtage und bemerkt zum Schluß:

„Die Festtage waren ein bereitetes, glanzvolles Zeugnis der freundschaftlichen Empfindungen zweier großer Völker und werden als solche in der Geschichte ihren Platz bewahren, wenn sie auch jenes formellen politischen Kerns entbehren, welchen die überreiche Phantasie politischer Ramegießer darin erblicken möchte. Wiedererklärungen und Ehepacten sind gar oft weit auseinander liegende Dinge, und im Vorgesetzten, beim Wechseln pflegen auch heutzutage verbindliche Abmachungen nicht geschlossen zu werden. Erstere Arbeit gebührt ernster Erwägung, und nicht im Gewühl der Menge, nicht im Sturm erregter Gefühle, sondern im nüchternen Kreise staatsmännlicher Berathung werden die Entscheidungen über die Geschichte der Völker und Reiche getroffen. Die freundschaftlichen Beziehungen aber, wie sie in dem Entschlusse der Franzosen für ihre russischen Gäste zwischen Rußland und Frankreich sich geltend gemacht haben, können im Besonderen aus deutschen Gesichtspunkten mit Ruhe aufgenommen werden. Denn die Begeisterung, mit der die Franzosen den russischen Besuch empfangen haben, ist nur eine neue Bestätigung der weit zurückreichenden und längst bekannten Thatfache, daß Rußland überall da, wo wirliche oder vermeintliche Interessen der russischen Politik einen Appell an die Völker fordern könnten, auf Frankreich mit Sicherheit zählen kann. Deshalb ist auch heute kein Grund vorhanden, der Rußland veranlassen könnte, die ihm ohne Entgelt zufallende französische Freundschaft und eventuelle Verträge mit irgend welchem Verprechen der Gegenseitigkeit zu bezahlen und sich dadurch des Vortheils zu begeben, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob ein Eintreten für französische Interessen in demselben für Rußland nützlich und geboten ist oder nicht. Von diesem Gesichtspunkte werden wir auch alle jetzt oder später wiederkehrenden Gerüchte über russisch-französische Abmachungen beurtheilen dürfen.“

— Wie der Detonomierath Müller-Schwee I. hat jetzt auch der Abgeordnete Schulz-Kupik seinen Austritt aus dem Bunde der Landwirthe erklärt. Herr Schulz, dessen Verdienste um die Landwirtschaft überall anerkannt sind, begründet seinen Austritt in einem längeren Schreiben, das eine vernünftige Kritik des Bundes enthält. Es heißt darin:

„Der Bund stielte beim Reichskanzler den Antrag auf Erlass eines Ausnahmeverbotes für Hen und Stroh, und wirkte lebhaft in dieser Richtung. Ich war in entgegengesetzter Richtung thätig. Ich machte geltend, daß eine unnütze Preissteigerung der ausländischen für die deutsche Landwirtschaft

erforderlichen Kraftmittel und eine Vertheuerung des Handels in Hen und Stroh, beides zum Schaden deutschen Fleisches, die Folge sein müßte. Ich machte ferner geltend, daß die Niederungen, z. B. auch meines Wahlkreises, welche die Mägen der nassen Jahre 1890 und 1891 zu überwinden haben, für welche ihnen niemand Ersatz gab, in Folge des Ausnahmeverbotes tief geschädigt werden würden. Meine Bemühungen an entscheidender Stelle waren erfolglos, weil eben der Bund, die geringsten Landwirthe, dafür eintraten; die Sache hat ihren Verlauf genommen zum Schaden der deutschen Landwirtschaft, des deutschen Handels, zum Vortheil des Auslandes. Der Bundesvorstand erstet etwas später (Ende Juli) den Rath an die deutschen Landwirthe, mit dem Besuche künftlicher Dinger bis Mitte August, d. h. bis zu der seitens des Bundesvorstandes in fester Aussicht gestellten Tarifermäßigung (die bis heute noch nicht eingetreten ist) zu warten. Ich hatte die Bezieher der deutschen Landwirtschaft ersucht, möglichst früh zu bestellen, angesichts des drohenden Wagenmangels und der möglichen Preissteigerungsfähigkeit der Lieferanten, speziell der Kalkwerke, bei den Massenbestellungen. Diejenigen Landwirthe, welche dem Rathe des Bundesvorstandes zu folgen so thöricht waren, haben in Folge der verspäteten Kaufreisen ganz ihren Gewinn verlohren, wahrscheinlich Schaden gehabt. Wohin ich blicke bei den Mägenamen des Bundesvorstandes, sehe ich nur Mißgriffe, nur ein Niedersteigen und eine Verwirrung, nirgendwo ein Aufbauen. Ich sehe, daß durch maßlose und theilweise unerfüllbare Forderungen der berechtigten Kern, der dem Bunde innewohnt, verloren geht, und ich sehe, daß die Landwirtschaft an Kredit einbüßt, dessen so viele der Berufsleute in der heutigen Zeit vermehrt bedürfen. Unbeschadet meiner Pflicht als Abgeordneter, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu wahren, bin ich nicht minder willens, jeglicher demagogischen Richtung, komme sie woher sie wolle, energisch entgegenzutreten, und zu den fruchtlosen monarchischen Institutionen des Vaterlandes im Reiche und in Preußen fest und treu zu stehen, welche uns die Zukunft verbürgen. Um deswillen habe ich meinen Austritt aus dem Bunde erklärt; um deswillen ist es mir eine, ob auch schmerzliche Pflicht, gegenwärtige Erklärung gegen den Bund abzugeben, dessen Vorstand meines Erachtens den Weg einer ersprießlichen Thätigkeit völlig verlassen hat.“

— Der frühere Jesuitenpater Graf Paul Hoenbroch hat in den „Preuss. Jahrbüchern“ einen Aufsatz über den modernen Jesuitismus veröffentlicht. Sein Urtheil über den öffentlichen Einfluß des Jesuitismus faßt er dahin zusammen: „Man sieht, was der Jesuitismus dem Individuum gegenüber antritt: die Unterjochung bis zur Vernichtung der Selbstständigkeit, das Streben er auch dem Staate gegenüber an; nur als geistiger Diener der Kirche darf er seine Existenz weiterführen. Er soll nicht ein selbstständiger Organismus sein, sondern — wie der technische Ausdruck sehr bezeichnend sagt, nur das brachium seculare, der weltliche Arm. Wesen Arm? Der Arm der Kirche. Sie ist der tiefen Organismus, der die Staaten als Arme sich eingliedert und nach Belieben gebraucht. Was von einem solchen Staat zu erwarten wäre, bedarf kaum der Ausführung. In ihm würde das kanonische Recht eine volle Wirksamkeit ausüben, der kirchlich Exkommunizierte wäre bürgerlich todt; in diesem Staate würde die kirchliche Bistumsjuris in voller Strenge walten; Kegergerichte und Inquisition würden entstehen und der Ehedienst für verbotene Ehegatten eine Staatsanstellung. Was man auf ultramontan-katholischer Seite „Parität“ nennt, ist in Wirklichkeit die Alleinherrschaft, und weil dem so ist, hat der Staat das Recht, dieses Verlangen nach „Parität“ zurückzuweisen. Ein Staat, der seine Selbstständigkeit bewahren will, kann Katholiken, die nach diesen Grundsätzen erzogen sind und dieselben als richtig anerkennen, unmöglich seine hohen Regierungs- und Verwaltungsfunktionen anvertrauen; und wenn er es nicht thut, so ist das keine „Ungeheuerlichkeit“, sondern es ist die notwendige Folge des ultramontanen Anspruchs, alleinberechtigt zu sein.“

Zur Kennzeichnung jesuitischer Moral giebt Graf Hoenbroch u. a. folgendes Beispiel an: „Anna die einen Ehebund begangen hat, antwortet ihrem Manne, der dies vernimmt und sie fragt, das erste Mal: sie habe die Ehe nicht gebrochen; das zweite Mal, nachdem sie von der Eide schon losgesprochen worden ist, antwortet sie: „eines solchen Vergehens bin ich nicht schuldig.“ Endlich, das dritte Mal, da ihr Mann in die dringt, leugnet sie den Ehebund ganz und gar und sagt: „Ich habe ihn nicht begangen“, indem sie dabei denkt, einen Ehebund, den ich offenbar müßte; oder: „Ich habe keinen Ehebund begangen, den ich offenbar müßte.“ Hat Anna in einem dieser Fälle Unrecht gehandelt? In allen drei Fällen ist Anna von der Beschuldigung der Ehe freizusprechen. Denn: das erste Mal konnte sie sagen, sie habe die Ehe nicht gebrochen, da die Ehe ja noch bestand. Das zweite Mal konnte sie sagen, sie sei der Ehebund nicht schuldig, da ja nach geschlossener Ehe und erhaltener Verheirathung ihr Gewissen durch den begangenen Ehebund nicht mehr beunruhigt wurde, indem sie die moralische Gewissheit hatte, daß ihr Vergehen verziehen sei. 3a, sie konnte diese Antwort mit einem Eidschwur bekräftigen. Auch das dritte Mal dürfte sie, nach probabler Meinung, leugnen, daß sie einen Ehebund begangen habe, bei sich denkend: einen solchen, den sie ihrem Manne hätte gegeben müssen. Gerade so, wie ein Angeklagter einem Richter, der unrechtmäßigerweise fragt, antworten darf: „Ich habe das Verbrechen nicht begangen“, indem er darunter versteht, „so daß ich es gestehen müßte.“ (Cicero, S. J., Causa Conscientiae. Edit. octava. Paris 1891. Vol. I, pag. 182.) Seine Betrachtungen über diesen Fall schließt Graf Hoenbroch mit folgenden Worten: „Ich glaube, man wird verstehen, warum ich gerade dieses Beispiel jesuitischer Gewissensleitung gewählt habe. Es ist ein einzelner, bestimmter Fall, angeknüpft an ein einzelnes Verbrechen, den Ehebund; aber die Entscheidung über diesen Fall eröffnet Ausblicke auf Grundfälle, die in ihrer Wirksamkeit wahrhaft gefährlich auf Treue und Glauben in allen Gebieten des menschlichen Verkehrs einwirken müssen. Warum sollen solche lächerliche Antworten und Eide gerade auf den Ehebund oder überhaupt auf schwere Vergehen beschränkt bleiben? Warum

sollen diese bequemen Mentalreservationen nicht auch im gewöhnlichen Verkehr, in der täglichen Unterhaltung ihre Dienste leisten? Warum nicht? Und in der That, mit dem vollen Bewußtsein dessen, was ich sage, behaupte ich, der Jesuitismus erzieht systematisch zu solchen Unwahrheiten. Ich selbst habe oft die Erfahrung gemacht, daß auch bei den täglichen Vorkommnissen des Lebens der Jesuit die Mittel, die hier in diesem Beispiel der ehebündlichen Anna an die Hand gegeben werden, auch selbst benutzt; und diese Unaufrichtigkeit, diese unwahre Gewissenheit im gegenseitigen Verkehr war für mich stets eine drückende Wahrnehmung. Ich habe in der Schritt: „Mein Austritt aus dem Jesuitenorden“ die Erklärung abgegeben: die „schlechte Jesuitenmoral“ erziehe die eigenen Glieder zu Märgen des lautersten Lebenswandels. Schon dieser Ausdruck läßt zur Genüge erkennen, daß ich damals das Wort „Moral“ im engeren Sinne, als Sittlichkeit im Gegensatz zur Unsittheit, auffaßte, und in diesem Sinne bleibe ich bei der Anerkennung des lautersten Lebenswandels der Jesuiten auch heute noch. Was aber Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit im Sprechen und Handeln betrifft, so geht ein Zug der Unaufrichtigkeit und Falschheit durch den Orden: die lächerlichen Antworten der Anna sind aus dem lebendigen Fleische und Bein des Jesuitismus herausgeschmitten.“

— Es hat fast den Anschein, als plane die Regierung zu Washington eine Einmischung in die inneren Kämpfe Brasiliens. Der „Nat. Ztg.“ wird gemeldet:

Newport, 30. Oktober. Wie der „Tribune“ aus Washington gemeldet wird, erachtet man daselbst die am Sonnabend angeordnete Einmischung des Unionkreuzers „Newport“ nach Rio de Janeiro für bedeutungsvoll. In den maßgebenden Kreisen wisse man, daß die gegenwärtigen Kämpfe die Interessen Nordamerikas ernstlicher bedrohten, als die früheren Aufstände in Südamerika, da eine etwaige Wiederherstellung der Monarchie die Aufhebung der gegenwärtigen Handelsverträge der Vereinigten Staaten in Brasilien herbeiführen dürfte.

Man sieht, danach zu schließen, in Washington auf dem Sprünge, auf Grund der Monroe-Doktrin, die in die inneren Angelegenheiten eines südamerikanischen Staates zu greifen. Die Verhängung, daß de Wello die Wiederherstellung der Monarchie in Brasilien plane, dient dabei nur als Vorwand, denn wie wir bestimmt zu wissen glauben, ist diese Verhängung durchaus grundlos und eine bloß vorgelegte. Der wahre Schmerz, den man in Washington empfindet, rührt davon her, daß de Wello die Stadt Desfero, den Sitz der von ihm eingesetzten provisorischen Regierung, zum Freihaufen erklärt hat. In dieser Angelegenheit, welche sonst allenfalls mit begrenzter Genußnahme aufgenommen wird, erblickt man in Washington eben eine Verletzung der materiellen Interessen der Union.

Grandenz, 30. Oktober. Ueber die seiner Zeit gemeldeten Ausbreitungen, welche sich ausläßlich der Wahl eines Kirchenvorstandes in derjenigen katholischen Gemeinde polnische Wähler zu Schulden kommen ließen, hat der Kaiser einen amtlichen Bericht eingeholt. In Folge dessen konstituirten Oberpräsident von Gloger, der Regierungspräsident von Marienwerder, sowie der Landrath des Kreises Grandenz gestern im Landrathsamt mit den deutschen Mitgliedern der katholischen Gemeinde behufs Berichterstattung. Der „Gloger“ erwartet, daß der Bericht einwörtlich werde auf die Polenpolitik der Regierung.

Breslau, 30. Oktober. Eine hier abgehaltene sozialdemokratische Versammlung hat beschlossen, diejenigen Genossen, welche jüngst ein Flugblatt herausgegeben, in welchem sie die Sozialdemokraten zur Beteiligung an der Landtagswahl aufforderten, aus der Partei auszuschließen. Die Ausschließungen wollen nun an den schlesischen Parteitag appellieren. Der Drucker des Flugblattes legte freiwillig sein Amt als sozialdemokratischer Vertrauensmann nieder.

Hamburg, 30. Oktober. In der Ueberwachung des Auswanderungswesens, welche bisher bekanntlich ein Reichskommissar in Hamburg zu versehen hatte, soll vom 1. April 1894 ab eine wesentliche Aenderung eintreten. Die „Hamb. Nachr.“ melden darüber:

„Es liegt in der Absicht, die Stelle des Reichskommissars, welchem die Ueberwachung der Häfen Hamburg, Ruzhosen, Bremen, Bremerhaven, Westmünde, Norddeich, Stettin und Swinemünde oblag, eingehen zu lassen, weil sich ergeben hat, daß die Wirksamkeit dieses Beamten sich über ein zu weites Gebiet erstreckt. Der Vorschlag machte sich hauptsächlich während der Cholera-Epidemie im Jahre 1892 fühlbar. Die Vektoren hatte zwar eine Abnahme des Auswanderungsverkehrs gebracht, der verbleibende Verkehr war aber um so schärfer zu überwachen, und da der Reichskommissar als einziger Beamter an seinem Wohnort im Mittelpunkt des Seehandelgebietes zu verbleiben hatte, so war die Aussicht für die ausgedehnten Hamburg gelegenen Häfen zeitweilig eingestellt. Es ist dem Vornehmen nach nunmehr in Aussicht genommen, an Stelle des einen Reichskommissars mehrere Kommissare zu bestellen und zwar je einen für das Gebiet der Elbe, der Weser und einen für das der Oder. Die Vektoren würden dem Reiche durch die Einrichtung nicht erwachsen.“

München, 29. Oktober. In der bayerischen Kammer der Abgeordneten erklärte gestern der Ministerpräsident v. Graßheim im weiteren Verlaufe seiner Rede, das deutsche Reich könne unmöglich mit der Abrüstung vorangehen. Die bayerische Regierung könne hinsichtlich des noch ungewonnenen und unbekannten russischen Handelsvertrages keinerlei Engagements eingehen. Die Stellung Bayerns und der anderen Einzelstaaten innerhalb des Reiches sei keineswegs bedroht. Man wisse in Berlin zu gut, daß die sicherste Stütze des Reiches die Sympathien der Souveräne des Reiches sind, welche gewährt werden nur dann sind, wenn unter dem Schutze des Reiches die Einzelstaaten ihre Selbstständigkeit bewahren und ihre Eigenart pflegen können. Kriegsmittel v. A. erklärte, die politische Agitation innerhalb der Militärverhältnisse sei verboten. Er enthalte sich jeder Einwirkung auf die Militärgerichte. Das jetzige bayerische Militärgerichts-Verfahren räume dem Vorstehen eine unbillige Figurantenrolle ein. Weitere Mängel der bayerischen Militärjustiz seien die Nothwendigkeit einer formalen Verurtheilung bei den meisten Fällen, sowie daß das große Personal bei der weiten Entfernung kleinerer

Garnisonen Extrakosten verursache. Die Geschworenenfunktionen störten mannigfach den Militärdienst; im Kriege sei die Zusammenlegung eines Militärgerichts schwierig. Die Offenheit im Prozeß Hofmeister sei disziplinär aus geschlossen gewesen. Finanzminister v. Riebel betonte, er wolle keine Staatsüberbürdung durch die Angehörigen der alldam anstehenden Ansprüche an die Staatskasse. Im Weiteren legt der Minister seinen im Finanzansatz gegebenen Aufschluß über das Reichssteuerreformprojekt dar. — Nächste Sitzung heute.

Stuttgart, 30. Oktober. Der Kaiser wird am 7. November im Schloß Badenhausen eintreffen, wohin der König von Württemberg am Tage vorher zum Jagdaufenthalt sich zu begeben gedankt. Nach Stuttgart kommt der Kaiser nicht; die Stadt Lützingen, welche der Monarch passiert, beabsichtigt, demselben einen festlichen Empfang zu bereiten, wird dies aber auf seinen ausdrücklichen Wunsch unterlassen.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Privattelegramm meldet aus Wien, daß die Kandidatur des Fürsten Windischgrätz für die Präsidentschaft in dem zu bildenden Koalitionsministerium die meisten Ansichten hat. Fürst Windischgrätz ist auch bereits zum Kaiser berufen worden. Dem „Fremdenblatt“ zufolge wurde die Krisis auf, weil die Linke durch den Grafen Hohenwart den Grafen Taaffe verdrängte, sie verweigere die fernere Theilnahme an den parlamentarischen Arbeiten, so lange das Kabinett Taaffe im Amt verbleibe. Es verlautet, das neue Kabinett werde außer der Wahlreform keine politische Frage in das Programm aufnehmen, sondern nur wirtschaftliche und Finanzfragen.

Frankreich.

Eine vom General Dobsd gestern in Paris eingegangene Depesche aus Zaganabo am Nemo, dem ehemaligen verbannten Lager Behanzins, meldet den Vornam auf das gegenwärtige Lager Behanzins. Zwei andere Kolonnen werden in derselben Richtung vorrücken. Der Gesundheitszustand sei befriedigend. Die Ueberschwemmung sei im Abnehmen.

Die französische Regierung hat Tigrane Pascha, den Minister des Auswärtigen in Egypten, zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt. Ob die Dekoration für geleistete oder noch zu leistende Dienste erfolgte, steht dahin; wahrscheinlich für Beides. Jedenfalls steht der Vorgang nicht danach aus, als gedenke Frankreich nach den Beerdigungsfesten mit Rußland den Engländern in Egypten weniger Schwierigkeiten als früher zu bereiten.

Paris, 29. Oktober. Es kann nicht genug betont werden, daß sich die Gesamtheit der französischen Nation, d. h. sämtliche Klassen der Bevölkerung, arm und reich, vornehm und gering, Aristokraten und Demokraten, Republikaner und Royalisten, Gottesdiener und Materialisten, Sozialisten und Kommunisten an dem Ruhestaume betheiligt haben. Nur eine einzige sozialistische Gruppe, die sogenannten Aleanisten, deren Organ „le Parti Ouvrier“ ist, haben bis zuletzt aus dem Eifer der gegen den allgemeinen Entschlusse Front gemacht und ihren Protest gegen jede Allianz mit dem „russischen Despoten“ aufrecht erhalten. Es folgt daraus, daß der Zar im vollen Maße zu der Annahme berechtigt ist, er habe Frankreich gänzlich in seiner Hand und könne über die Politik des Landes nach Belieben verfügen. Es muß nun anerkannt werden, daß während der ganzen Dauer der Festlichkeiten die russischen Gäste keinen Augenblick ihre Kaltblütigkeit verloren und trotz aller Provokationen der Franzosen bei keiner Gelegenheit das ihnen ertheilte Lösungswort verweigert, vielmehr immer und immer nur wiederholt haben, die russisch-französische Freundschaft könne lediglich die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bezwecken. Der Admiral Delaune ist gezwungen gewesen, mehr als fünfzig offizielle Antworten und Toasts zu beantworten; er hat jedoch stets kurz und bündig geantwortet, was schon der Umstand erheischt, daß er nicht die Gewohnheit hatte, sich in der französischen Sprache fließend auszudrücken; er hat aber, ersichtlich einem strengen Befehl des Zaren gehorchend, beinahe ausnahmslos in jeder Antwortrede das Wort „Frieden“ angebracht, was sich zuweilen selbstsam genug ausnahm. So lese ich gerade in dem Festbericht aus Marseille den folgenden Zwischenfall: Der älteste General der französischen Armee, General von Cr  , ließ sich dem Admiral vorstellen und drückte demselben seine tiefe Sympathie für Rußland und die Hoffnung aus, daß Frankreich und Rußland stets vereint bleiben werden. Admiral Delaune umarmte den greisen General und sprach die folgenden bewundernswürdigen Worte: „General, ich bin sicher, daß es Frankreich und Rußland gelingen wird, den Frieden aufrecht zu erhalten.“ Der auf eine solche Antwort nicht gefaßte General soll ein ganz verzerrtes Gesicht gemacht haben. Wie dem auch sein möge, die französischen Festredner haben sich fast ausschließlich ebenfalls gezwungen gesehen, die russische Redezeit anzunehmen, jedoch dem auch vorgeschrieben Herrn Carnot in Toulon auf dem Abschiedsbankett seinen Toast auf das Zarenpaar mit den Worten geschlossen hat: „Auf die Freundschaft der zwei großen Nationen! Und durch sie auf den Frieden der Welt.“ Die Antwort des Zaren auf diesen Friedens toast des Präsidenten der französischen Republik hat nicht lange auf sich warten lassen. Als Herr Carnot gestern früh gerade im Begriffe stand, sich nach dem Bahnhof zu begeben, um die Rückreise nach Paris anzutreten, wurde ihm das Telegramm überreicht, die Antwort des Zaren auf die Depesche, welche Herr Carnot dem Zaren nach seiner Befichtigung der russischen Flotte gefandt hatte. Der Präsident der Republik war in diesem Augenblick umgeben von zahlreichen Admiralen und Generalen, welche ihn nach dem Bahnhof begleiten wollten. Beim Lesen des Telegramms, befiel es in einer Depesche, strahlte das Gesicht des Präsidenten, und er theilte ganz bewegt seiner Umgebung mit, daß er ein Telegramm von Gatchina erhalten habe, welches ihn mit Freude erfüllte, und über welches ganz Frankreich sich freuen werde. Er verlas sodann mit lauter Stimme das Telegramm des Zaren, datirt vom 27. Oktober 11 Uhr 35 Minuten Abends, worin derselbe sich nicht mehr darauf beschränkt, wie er es in seinem ersten Telegramm gethan, seine Freundschaft über den Besuch der russischen Flotte in Toulon auszudrücken, sondern mit dem wärmsten Danke für den seiner Flotte bereiteten

glänzenden Empfang erklärte, daß diese Kundgebungen der lebhaften Sympathie ein neues Band denjenigen hinzufügen werden, welche unsere beiden Völker vereinigen und, ich hoffe es, zu der Befestigung des allgemeinen Friedens, Gegenstand ihrer steten Bestrebungen und Wünsche, beitragen werden.“

Es ist natürlich, daß die französische Presse über den Schluß hinweggeht und das Schwergewicht auf die Worte „ein neues Band“ verlegt. In ihnen will sie die Befestigung erblicken, daß jetzt eine förmliche russisch-französische Allianz bestehe, obgleich gerade jetzt die russische Presse das Gegenteil versichert und eine gescheiterte Allianz für überflüssig erklärt.

Rußland.

Petersburg, 29. Oktober. Die kaiserliche Familie wird den gegenwärtigen Bestimmungen gemäß einen Theil des Herbstes in der Krim verbringen.

Der „Russische Invalide“ theilt mit, daß 15 Reserve-Infanterie-Brigaden neu formirt werden und zwar für das europäische Rußland die Brigaden 49 bis 61, für den Kaukasus die 3. und 4. Brigade. Die Chefs dieser Brigaden erhalten die Rechte von Divisionschefs.

Petersburg, 30. Oktober. Anlässlich der Auslassungen in der gestrigen Nummer der „Königlichen Zeitung“ gegen den Finanzminister Witte erklärt das „Journal de St. Petersburg“ in seinem offiziellen Theile, der Finanzminister habe außer dem „Besitz finanzieller“ weder ein von ihm abhängiges Organ, noch die Gewohnheit, andere Zeitungen zu beeinflussen. Am wenigsten konnte ihm einfallen, Artikel zu inspiriren, welche Unhöflichkeiten gegen befreundete Regierungen enthielten, wie die „Königliche Zeitung“ dies dem Minister vorwerfe.

Afrika.

Morocco. Das am 28. d. M. in Madrid ausgegebene amtliche Telegramm über die Schlacht der Spanier bei Melilla, dessen Neigung, angesichts der in Spanien herrschenden Erregung abzuschwächen und zu verhüten, nicht besonders hervorgehoben zu werden braucht, lautet: „Der Militär-Gouverneur von Melilla erlitt, als er mit einigen Abtheilungen Soldaten einen von der Operationsbasis entfernten Ort besetzen wollte, eine leichte Schlappe und mußte sich beim Einbruch der Nacht vor der überlegenen Macht der Kabylen zurückziehen. Es heißt, die Kabylen hätten spanisches Gebiet verletzt. Es gehen fortwährend Verstärkungen nach Melilla ab.“ Am nächsten Tage, am 28., erneuerten sich die Feindseligkeiten; darüber wird vom 29. berichtet: „Bei dem gestrigen Kampfe bei Melilla ist der Gouverneur von Melilla, General Margallo, getödtet worden. Die Kabylen wurden mit großem Verlust zurückgeschlagen. Die Verluste auf spanischer Seite sind nicht bedeutend. Der Ministerrath hat die sofortige Abwendung von weiteren Verstärkungen beschlossen. General Macias wird heute den Oberbefehl in Melilla übernehmen.“ Der Tod des Generals Margallo läßt einen Schluß darauf zu, wie heiß es auch am Sonnabend wieder vor Melilla zugegangen ist. Die Spanier scheinen die Schlacht vom Tage vorher weitgemacht zu haben, freilich um den hohen Preis des Lebens ihres Führers. Der schmerzliche Verlust wird in Spanien den Kriegseifer noch mehr erregen und eine friedliche Beilegung kann nach den neuesten Ereignissen als ausgeschlossen betrachtet werden. Der am Sonnabend dem Felde der Ehre gefallene D. Juan Garcia Margallo galt als einer der tüchtigsten Generale Spaniens. Im Jahre 1855 war er in das Infanterieregiment eingetreten und hatte sich im afrikanischen Feldzuge gegen dieselben Namen, deren Regeln ihn als Divisionsgeneral zu Tode getroffen hatten, die Offiziers-Exzellenz erlangt. Während der Militäraufstände im Juni 1866, die Marvaez niederkam, war er zum Hauptmann befördert worden. In den Kämpfen gegen die Republikaner und Carlisten, die mit dem endgültigen Siege der Alfonsoisten endeten, nahm auch Margallo Theil. Nachdem er im Jahre 1890 General geworden, wurde ihm 1891 der Oberbefehl über Melilla anvertraut. Nach den Kämpfen vom 2. Oktober war er zum Divisionschef befördert worden.

Cholera-Nachrichten.

Tiflis, 29. Oktober. Bis heute sind wieder neue Erkrankungen noch Todesfälle an der Cholera zu verzeichnen. Die Zahl der Erkrankten betrug bis heute zwölf; davon sind acht gestorben, vier befinden sich in der Behandlung. Von den Nachrichten, die in der unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten stattgefundenen Konferenz getroffen wurden, haben wir besonders den Bericht hervor, daß die aus Rußland stammenden Flößer für die Zukunft nicht die Landwege und die Eisenbahn benutzen dürfen, sondern auf den Nemetstrom angewiesen sind, wo sie einer fortgesetzten Beobachtung unterliegen. In unserer Stadt wird das der Nemet entnommene Leitungswasser täglich untersucht, wobei sich nur sehr geringe Reime ergeben haben, so daß das Wasser als unbedenklich bezeichnet werden kann. Auch Professor Dr. v. Gmach aus Königsberg hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß unser Wasserwerk in bester Ordnung sich befindet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. Oktober. Die pommerse Sterbekasse für Geistliche und Lehrer hat im letzten Vereinsjahre 6 Mitglieder durch den Tod verloren. Das ausgezahlte Sterbegeld betrug 1100 Mark, das Vermögen der Kasse 27086 Mark, die Mitgliederzahl 540. Im nächsten Jahre erfolgt eine Erhöhung des Sterbegeldes. Die Wilhelm-Augusta-Stiftung hat ein Vereinsvermögen von 6338 Mark und vertheilt zur Zeit an 66 Waisen je 8 Mark. — Der Befehlshaber zählt in 67 Zweigvereinen 2970 Mitglieder mit einem Vereinsvermögen von 57354 Mark. Es erhalten im neuen Rechnungsjahre 315 Wittwen je 11 Mark und 203 Waisen je 5,50 Mark.

— Im Stadttheater gelangt morgen Mittwochs das Lustspiel „Mauerblümchen“ von Blumenthal und Kadelburg zur ersten Aufführung. Dasselbe hat überall einen Heiterkeitserfolg erzielt und dürfte dieselbe wohl auch hier nicht ausbleiben.

Zu haben in Zinntuben à 40 Pfg. in Blechdosen à 20 und 10 Pfg. in **Stettin** in den **meisten Apotheken und Drogeien**, in **Löcknitz** in der Apotheke von **H. v. Roscamp.**